

# Arbeiter-Zeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostpreußen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat drei Mark 20 Pf. (halbjährlich 11 Mark 40 Pf., jährlich 22 Mark 80 Pf.) ohne Postgebühren  
Einzelgenuss: Die neuzeitlich gebundene Monatshefte oder deren Raum 6.50 RM., für Familien-Anzeigen 0.30 RM. für die Anzeigen entfallend an den dreigespaltenen Tarif 1.25 RM.  
Anzeigen-Entnahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-N., Güterbahnhof-Strasse 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich ausser Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt behält sich Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Donnerstag, den 5. Mai 1927

Nummer 104

## Verfassungsschützer an der Arbeit!

### Verbot der proletarischen Gegenkundgebung

Jörgiebels Hilfe für den Stahlhelm — Panzerwagen gegen die Arbeiter

Berlin, den 4. Mai. (Teleunion.)

Der Polizeipräsident teilt mit: Am 3. Mai hat der Polizeipräsident an die Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Berlin-Brandenburg-Vaußig, und an den Roten Frontkämpferbund, Gau Berlin-Brandenburg-Vaußig, folgendes Schreiben gerichtet: „Hiermit verbiete ich die von der Kommunistischen Partei Deutschlands und dem Roten Frontkämpferbund für den siebenten und achten Mai 1927 in Berlin zum Stahlhelmtage geplanten Gegenkundgebungen (Versammlungen und Umzüge) unter freiem Himmel auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Für etwa von außerhalb nach Berlin kommende Mitglieder der genannten Vereinigungen weise ich ferner darauf hin, daß auch der geschlossene Umarsch von den Bahnhöfen verboten ist und gegen etwa sich bildende Züge eingeschritten wird.“

Die Geschichte der bürgerlichen Demokratie in Deutschland ist um ein Schandblatt reicher. Der Stahlhelm-Umarsch am 8. Mai wird die ganze Unterdrückung des Staatsapparates und der republikanischen Behörden genossen — die Gegenkundgebung der Arbeiter ist verboten! Drei Dokumente beleuchten grell die Lage: Ein Befehl Jörgiebels an die Kommunistische Partei und den Roten Frontkämpferbund, der alle Gegenkundgebungen für den 7. und 8. Mai verbietet und gegen etwaige Kampfhandlungen des proletarischen Einschreitens anordnet; ein Befehl des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten an die Polizeibeamten, der strenge Vorschriften für den Schutz und die Hilfe, die in jeder Art den Stahlhelmen zu leisten ist, vorgibt, und auf der anderen Seite Panzerwagen gegen die Arbeiter, die den Umarsch der Bürgerkriegsarmee nicht ohne Gegenkundgebung gehalten wollen, bereitstellt; ein Dekret der sozialdemokratischen Bezirksleitung von Berlin, das als Antwort auf die förmliche, noch einmal in letzter Stunde von der kommunistischen Berliner Bezirksleitung erlassene öffentliche Aufforderung zur gemeinsamen Arbeiterkundgebung gegen die Stahlhelmmarsch, und in der schamlosten Kooperations-Manier die Kommunisten verleumdet und der Polizei das Schwert für ihr Vorgehen und für das Verbot der Gegenkundgebung gibt.

Diese drei Dokumente müssen die letzten Mahnungen aller ehrlichen Republikaner und der sozialdemokratischen Arbeiter über den wahren Charakter der bürgerlichen Republik, ihre Behörden und der sozialdemokratischen Parteileitung sein. Seit Wochen beteuern die Vater- und Sozialdemokraten in Berlin, daß sie nur deshalb gegen den Stahlhelmmarsch nicht einschreiten können, weil über allem anderen der Schutz der freiheitlichen demokratischen Verfassung stehe. Seit Wochen verbünden Polizeipräsident von Berlin, Innenminister von Preussen und der ganze Chor ihrer demokratischen und sozialdemokratischen Verleumdungsgenossen und Zeitungsschreiber, daß die oberste Pflicht der bürgerlichen Republik und der Demokratie der Schutz jeder verfassungsmäßig gewährleisteten politischen Kundgebung sei, und daß man ganz ebenso die Stahlhelmen demonstrieren lassen müsse, wie man die Kommunisten demonstrieren ließ und demonstrieren lassen wird.

Aber seit Wochen wird gleichzeitig gegen die revolutionären Arbeiter, die für ihre eigene proletarische Pflicht die Organisation des Selbstschutzes des Proletariats gegen die Drohung des Faschismus annehmen, eine niederträchtige Fehde geführt, als sei ihre Abwehrhaltung und nicht die förmliche Proklamation die Gefahr am 8. Mai. Die Mehrheit der Berliner Arbeiter und der Arbeiter im Reich hat begriffen, warum es geht. Sie beantwortete am 1. Mai in ganz Deutschland die arbeitervindliche Fehde mit einem überwältigenden Umarsch unter den roten Fahnen des Klassenkampfes. Überall waren die schwarz-roten Fahnen dem Völkchen verschwunden. Das zwängt jetzt die Verfassungsschützer zur Selbstentlarvung. Ihre Hebe hat den gegenteiligen Erfolg gehabt. Immer härter wurde besonders der Druck auf die sozialdemokratischen Arbeiter für die Verhüllung der Arbeiterfront am 8. Mai. Der 1. Mai hat das Selbstbewußtsein der Arbeiter so gestärkt, daß die Verfassungsschützer nicht mehr hoffen dürfen, am 8. Mai die Kommunisten in Berlin isoliert der vereinigten Arme des Faschismus und des Staatsapparates gegenübergestellt zu haben. Deshalb holen sie jetzt zu einem selbst in der Geschichte der deutschen demokratischen Republik einzig dastehenden Streich aus: Die Verfassungsschützer, die Betreuer des gleichen Rechtes auf die Straße für alle, überlassen die Straße dem Faschismus, verbieten die revolutionäre Gegenrevolution und verbieten jeglich ihren Versuch, die Straßen von den Arbeitern, wenn es sein muß, mit Panzerwagen zu säubern. Schlag auf Schlag erfolgte die demokratische republikanische Mobilisierung. Erst im Vormarsch ein Sitzungsangriff auf den Roten Frontkämpferbund mit unbeschreiblichem niedrigen und geschicktem Verbuchungsbüchlein; mit unerschrockenen Ueberhörschriften wird eine jedem Arbeiter verständliche Anweisung des Frontkämpferbundes über die nur zu nötige Kontrolle der Frontkämpferorganisationen und der Reichsbannerführung als „Spionagearbeit“ der Roten Frontkämpfer hervorgehoben. Durch die Entfaltung der Abteilungen der trennen und selbstbewußten revolutionären Arbeiter im RFB sollte die Atmosphäre des Hasses und des Mißtrauens gegen sie geschaffen werden, die augenscheinlich auch die Reichsbannerleitung und der Parteivorstand der SPD zur Verhinderung des wachsenden Einheitswillens für unerschicklich halten. Dann erfolgt der politische Hauptstoß im Vorwärtigen. Die hingebende Arbeit der Kommunisten, die eine mächtige Kundgebung des Proletariats zutage bringen wollten, wird als Parteireizaktion der als „fremdbestimmtes Spiel mit Arbeiterblut zur vorübergehenden Wiederbelebung der dahinsinkenden kommunistischen Partei“ hingestellt. Noch wegen die verantwortlichen Sozialdemokraten die Unterzeichnung dieses Schanddokumentes. Ruffart, Riedel, Sabath, nicht offen, das bereits beschlossene Verbot, der Kundgebung des Neuen Reich einmal benützen sie sich auf die Demonstration des Neuen Deutschland, in dem trotz der „außerordentlichen Belastungs-

probe für die Geduld und die Kaltblütigkeit der Berliner Arbeiterklasse“ die Sozialdemokratie es ablehne, ein Verbot des Stahlhelmtages zu fordern, sie berufen sich auf unter Pöbeln Verfassungen, und sie erklären buchstäblich: „Am neuen Deutschland dürfen die alten reaktionären Unterdrückungsmethoden keine Anwendung finden.“ Wir haben früher nicht gegen ihn die Anwendung durch sozialdemokratische Minister und Polizeipräsidenten abzuwenden zu lassen. Aber in der gleichen Stunde ergeht die Anweisung an den Parteigenossen Jörgiebel, den Polizeipräsidenten von Berlin, sein durchzusetzen. Herr Jörgiebel erhält den Auftrag, seinen Parteivorstand, die reaktionären

## Die Weltwirtschaftskonferenz

Am 4. Mai ist in Genf die vom Völkerbund einberufene Weltwirtschaftskonferenz zu einem getretenen, obwohl nach der Zahl der Teilnehmer, als auch nach ihrem Programm dürfte sie die größte internationale Zusammenkunft sein, die seit Bestehen des Völkerbundes von diesem einberufen werden konnte. Nicht weniger als 44 verschiedene Staaten haben ihre Vertreter nach Genf entsandt, darunter nicht nur die großen Mächte, wie die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, England, Deutschland usw., sondern auch zahlreiche kleine Länder, die sich tatsächlich in totaler Abhängigkeit befinden, wie Lettland und andere. Von größeren Ländern werden nur Spanien und wahrheitsgemäß Argentinien nicht vertreten sein.

Das Programm dieser Konferenz ist außerordentlich umfangreich. Schon der erste Tagesordnungspunkt rollt im Grunde genommen alle wirtschaftlichen und politischen Probleme des Imperialismus überhaupt und die Nachkriegszeit insbesondere auf. Es soll die allgemeine wirtschaftliche Lage und die wirtschaftliche Situation in den verschiedenen Ländern besprochen werden. Dann sollen alle jene Ursachen untersucht werden, die in der Gegenwart das Gleichgewicht von Handel und Industrie“ hören. Und schließlich sollen jene Tendenzen untersucht werden, die heute den Weltfrieden bedrohen. Im zweiten Teile der Tagesordnung werden alle jene Momente behandelt, die die Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen kapitalistischen Ländern, wie Schuttpolitik, Subventionen, internationale Schiedsrichterkonferenzen, Einfuhrverbote und -beschränkungen und ähnliches. Dann soll die Lage der wichtigsten Industriezweige in internationaler Hinsicht betrachtet werden, die Möglichkeit einer Verringerung untersucht werden, und schließlich die Folgen der internationalen industriellen Verständigung und besonders der internationalen Kartelle vom Standpunkt der Erzeuger, sowie der Arbeiter und Verbraucher behandelt werden. Der letzte Punkt der Tagesordnung befaßt sich mit den internationalen landwirtschaftlichen Problemen, der internationalen Preisbildung, der Arbeitsstellung, den Schutzgößen, den Kooperativen, Genossenschaften und ähnlichem.

Es ist klar, daß eine Debatte, die auch nur einige dieser Punkte erschöpfen wollte, letzten Endes ausmünden müßte in eine Diskussion über die Bekämpfung des Imperialismus, denn alle jene Tendenzen, die den internationalen Handel und die Industrie der Welt bedrohen“, jene Entwidlung, die in so ernster Weise die Einberufer der Genfer Konferenz so viele Kopfschmerzen machen, sind letzten Endes unvermeidliche Reaktionen und Begleiterscheinungen des imperialistischen Kapitalismus. Eine solche Diskussion ist aber von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt, denn von den 44 in Genf vertretenen Staaten ist nur ein einziger bereit, die antiimperialistischen Interessen der internationalen Arbeiterklasse gegen die 43 übrigen Delegationen zu verteidigen; das ist die Sowjetunion. An der Genfer Weltwirtschaftskonferenz nehmen mehr als ein Dutzend prominente Mitglieder der 2. Internationale teil. Es wird für die internationale Arbeiterklasse interessant sein, zu erfahren, ob diese „Arbeiterführer“ in Genf die Interessen der internationalen Arbeiterklasse verteidigen werden, oder ob sie wieder, wie schon so oft, auf Seiten ihrer diversen kapitalistischen Vaterländer zu finden sein werden.

Die Erwählung

Die Wirtschaftskonferenz, die einem Konsortium von Großindustriellen gleicht, wurde um 11.15 Uhr von dem Vorsitzenden Theunis eröffnet. Theunis ermahnte, der Konferenz nicht zu (sep-

Unterdrückungsmethoden, die im neuen Deutschland gegen rechts keine Anwendung finden, gegen links schonungslos durchzuführen. Und er erklärt an den RFB und die kommunistische Partei den Befehl:

„Ich verbiete zum Stahlhelmtage alle in Berlin geplanten Gegenkundgebungen!“

Und das Kommando seiner Schutzpolizei, die schon am 2. Mai in dem Sonderbefehl Nr. 117/27 die vorbereitenden Anordnungen getroffen hat, wird daraufhin die noch restlichen Anordnungen zweifelslos treffen, damit die schändlichen Polizeimaßnahmen der Hohenzollernzeit gegen die Arbeiterklasse nicht etwa in der sozialdemokratischen Ära unterboten werden!

Die bürgerliche Republik, die Leitung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der sozialdemokratischen Polizeikommandant und der Innenminister, der Schutzpolizeikommandant haben gesprochen: Die Straße dem Faschismus — Vorgesellschaft für die Arbeiterklasse! Jetzt hat die Arbeiterklasse das Wort. Kein Verfassungsschützer, kein Bürgerkriegsheld, kein Arbeitermörder, kein Kriegsbekämpfer, kein Unternehmernochd kann dem Arbeiter verwehren, am Sonntag sich die Befreiung des republikanischen Verfassungsschutzes und des Aufmarsches der Bürgerkriegsarmee mit eigenen Augen anzusehen. Niemand kann ihm verwehren, durch die Festsung der roten Fahne in den Arbeitermarchen und den Spaziergang auf den für den Stahlhelm freigemachten Straßen die demokratische Freiheit zu suchen, die der fassensbewachte Arbeiter anders einräumt als der verräterische Parteibureaukrat. Deshalb wird am 8. Mai das rote Berlin der gegenrevolutionären Demonstration kein Gesicht zeigen — t r o s t l i e d e m!

tisch gegenüberzutreten. Er erklärte, daß der Handel mit der Entwicklung der Produktionsmittel nicht Schritt halte, es müsse ein Werk auf weite Sicht geschaffen werden. Zum Vizepräsidenten wurde der französische Industrielle Poucheur gewählt.

Schon die Ausführungen Theunis' zeigten den Arbeitern, daß sie von dieser Konferenz nichts zu erhoffen haben. Die Imperialisten können keinen Ausgleich zwischen Bedarf und Produktion herbeiführen. Die Ausführungen Theunis' über den Gegensatz zwischen Produktion und Handel zeigten und unterstreichen, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung ihrem Ende entgegengeht und durch keine Konferenz mehr zu retten ist.

Am Nachmittag sprachen die Vertreter Schwedens, Italiens und Englands. Die Reden drehten sich alle um denselben Punkt, daß der Handel zurückgehe, die Produktionskraft lauge, die Erwerbslosigkeit zunehme. Es fielen dabei schöne Worte über Handelsfreiheit und ähnliches mehr. Die Weiterberatung findet am Donnerstag früh um 10 Uhr statt.

### Überwachung statt Bewachung der Sowjetdelegation

Die russische Delegation ist am Mittwoch unter der Führung des Leiters des Statistischen Zentralamtes in Moskau, Genossen Cholenstschinskij, in Genf eingetroffen. Die Genfer Polizei hatte die Delegation veranlaßt, einige Kilometer vor Genf den Zug zu verlassen und mit dem Auto nach Genf zu fahren.

Für die russische Delegation war die Aufnahme der Arbeit bisher nicht möglich, weil die Genfer Polizei eine rigorose Überwachung der Delegation durchführt. Das Berliner Tageblatt schreibt dazu:

„Es ist für die Sowjetunion gegenwärtig unmöglich, ihre Arbeit für die Wirtschaftskonferenz aufzunehmen, weil die Überwachungsmaßnahmen der Schweizer Polizei nicht für den persönlichen Schutz, sondern zur Isolierung und Kontrolle der russischen Delegation berechnet sind. Die Bewegungsfreiheit der Delegation ist nicht nur in der Stadt, sondern sogar innerhalb des Hotels beschränkt. Telefongespräche werden über eine Polizeistation geleitet und von dieser überwacht. Unter diesen Umständen ist die Sowjetdelegation nicht in der Lage, ihre Tätigkeit auf der Wirtschaftskonferenz aufzunehmen. Die Delegation erwidert, unverrichteter Sache wieder abzureisen, wenn ihr nicht die gleiche Bewegungsfreiheit wie den übrigen Delegationsen“ gesichert wird.“

### Polizeioffensive für „Stahlhelm“

Wie uns mitgeteilt wird, ist die Streiklinie „Faschismus in Deutschland — Nieder mit dem Stahlhelm!“ von den Polizei behörden verfolgt worden. Die Offensiv der Polizeibehörden für den Stahlhelm begnügt sich also nicht allein mit dem Verbot der Arbeiterdemonstrationen, sondern verhinert nun auch die politische Aufklärungsarbeit! Das Deutsche Reich ist eine Republik ... die Staatsgewalt geht vom Volk aus...!

### Der Textilarbeiterkampf abgebrochen

Wie gemeldet wird, haben die im Reichsarbeitsministerium am 2. Mai nachts abgebrochen und am 3. Mai vormittags fortgesetzten Verhandlungen im Manteltextilbereich für die ostpreussische Textilindustrie zu einer Einigung der Parteien geführt. Durch die getroffenen Vereinbarungen gilt der Streik als beendet. Ueber den Inhalt der Vereinbarungen ist heute morgen Näheres noch nicht bekannt.

C  
E.  
F. E.  
U  
mann  
be 2  
Cafe  
Königsstr. 25  
ALDE  
MANN  
102  
ERMANN  
ITZ  
müller  
straße 30  
pielhaus  
HAPPEL  
arenhaus  
trumpl- und  
mann  
Merkel  
ER  
UNZEL  
FELIKATESSEN  
OARETTEN  
Bbach  
chuttwaren  
NAU  
ER  
ER  
ROBEL  
reite Str. 35  
ONE  
14  
SCHAFST  
Theaterstr. 55  
er und Saitler  
schiel  
Für jedermann  
das Richtige  
us Zilhu  
eiserne Herd  
H  
chner  
Schlüterhof